

Rieser Tagesblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger)

Druckverlag: Tagesblatt Riesa,
Formel Nr. 20.

Das Rieser Tagesblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Kreisoberamtsverwaltung Riesa, des Amtsgerichts, der Kreisverwaltung beim Amtsgericht und des
Rathes der Stadt Riesa, des Bürgermeisters Riesa und des Stadtrates Riesa.

Postkonto: Dresden 1530
Stollze Riesa Nr. 22.

Nr. 191.

Mittwoch, 18. August 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Abonnementspreis für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintritts von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Wägen und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 6 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für den Eintrag an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile 10 Pfennig (16 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zehnwöchentliche und tabellarische Satz 50%, Aufsatz, feste Tarife. Demillimeter Rabatt erlischt, wenn der Betrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rente geht. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen: Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Erhebungen des Betriebes des Druckens, der Distribution oder der Verbreitungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Weiterung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Nachzahlung des Bezugspreises. Retention und Verlag: Dange & Winterlich, Riesa. Geschäftliche: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. G. H. Zeisler, Riesa; für Druckerei: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Annahme.

Man ist allerdings noch gerade an den Ton der französischen Presse Deutschland gegenüber gewöhnt. Immerhin berühren die zahlreichen Auslassungen, die der „Temps“ in der letzten Zeit in seiner Betrachtung der außenpolitischen Zustände von sich gab, recht merkwürdig. Denn, wenn man auch dem „Temps“ einen gewissen Oppositionscharakter zu der französischen Regierung zusprechen kann, so stehen doch die Intermänner, die diesem Zeitungsorgan moralische und pekuniäre Unterstützung angedeihen lassen, der derzeitigen Regierung Frankreichs nicht so fern, wie man das vielleicht annehmen möchte. Man kennt auch hinreichend den starken Einfluß, den diese Pariser maßgebende Zeitung auf ihre Leser ausüben versteht. So wird man wohl oder übel sich doch dazu entschließen müssen, die Behauptungen, Kombinationen, Prophezeiungen, Verleumdungen, Drohungen und Täuschungsversuche des „Temps“ ernstlich zu beachten. Denn es ist ja nicht allein seine ur-eigene Meinung und Ansicht, die er zum Vortrage gibt. Seine Leser vertrauen ihm und empfinden das gleiche, was in so trauer Deutlichkeit und Unmissverständlichkeit aus seinen Spalten hervorklingt.

Das Hauptinteresse Frankreichs richtet sich jetzt selbstverständlich auf die kommende Völkervereinigung in Genf. Mehr oder weniger läßt die gesamte Presse Frankreichs ein nicht allzu optimistisches Bild über die Entwicklung der Dinge bei der kommenden Völkervereinigung erkennen. Es soll allerdings nicht verschwiegen werden, daß auch einige hoffnungsvolle Stimmen sich bemerkbar machen. Aber diese Auslassungen, die die Völkervereinigung in Genf in einem ruhigen Licht erscheinen lassen wollen, stammen von „Völkervereinigungsdiplo-maten“, denen keine offizielle Mission anvertraut worden ist oder von Persönlichkeiten, deren Name sorgsam verschwiegen wird, wenn auch durch die Stellen zu verstehen gegeben wird, daß es sich um „Prominente“ handelt. So wird man diesen Ansichten keinen allzu großen Wert beimessen können. Es bleibt also nichts anderes übrig, als sich an die „Gazetten“ zu halten, deren Einfluß auf das öffentliche Leben Frankreichs und auf die Mentalität des französischen Volkes, die sich selbstverständlich recht fühlbar auf den offiziellen Kurs der französischen Regierung auswirken muß, man zur Genüge kennt. Welchen wir beim „Temps“ seine Ansicht über Genf läßt sich dahin zusammenfassen, daß die Ursache der ganzen Krise des Völkervereinigung die Annahme des Reiches“ sei, allein einen hängigen Zug im Rate zu erhalten. Die Zeitung wirft Deutschland Mangel an Aufrichtigkeit vor, die deshalb zu erkennen sei, weil Deutschland mit der Zurückziehung seines Aufnahmegeheimnisses drohe, obgleich es keine Einwände erhebe, wenn die Zahl der nichtständigen Mitglieder erhöht werde. Diese selbstverständlich vollkommen aus der Luft gegriffenen Behauptungen, die sich mit der objektiven Wahrheit auch nicht im geringsten decken, haben natürlich einen ganz bestimmten Zweck. Der „Temps“ läßt diesen Zweck auch recht deutlich erkennen. Denn, wenn er feststellt, daß Deutschland nur seine Eigenliebe befriedigen wolle, wenn es sich der Aufnahme Polens unter den gleichen Bedingungen wie Deutschland widersetze und schließlich kurz und bündig erklärt, daß Polen unter allen Umständen eine Vertretung gesichert werden müsse, so liegt das Pöbelstern offen zu Tage. Nach wie vor findet also Polens unberechtigter Anspruch in Frankreich wärmere Sympathie. Das heißt mit anderen Worten, daß sich das Bild der französischen Politik über die Aufnahme Deutschlands in den Völkervereinigung auch während der letzten Monate nicht im geringsten geändert hat. Das im Grunde genommen die Situation genau so aussieht, wie sie sich präsentiert, als man in Genf auseinandertritt. Diese Feststellung müßte der Reichsregierung doch zu denken geben und sie veranlassen, mit der allergrößten Eile die Dinge sich zuzuwenden, die sich in kürzester Zeit abspielen werden. Eine neue Blamage, ähnlich, wie wir sie bei der letzten Genfer Komödie erlebten, könnte auch der widerstandsfähigste, optimistischste, überkreuzungsfähigste Außenminister nicht überleben.

Wie hoch der „Temps“ beachtet, die Bedenken gegen Deutschland emporzuhallen, sieht man im übrigen auch aus seinen Betrachtungen, die er den deutsch-balgischen Beziehungen über „Luzen-Raum“ widmet. Er vertritt die Ansicht, daß Frankreich unter allen Umständen eine deutsch-belgische Einigung in Bezug auf den Versailler Vertrag verhindern müsse. Wenn auch französische offizielle Kreise derartige Absichten leugnen, so ist damit noch lange nicht gesagt, daß der „Temps“ seine Ansicht so ganz aus der Luft gegriffen hat. Denn schließlich weiß man ja, was man von Dementis zu halten hat. Immerhin ist es bezeichnend, daß ein führendes Blatt Frankreichs eine solche Aussage vertritt, die alles das, was in Vercors von führenden und offiziellen Persönlichkeiten Frankreichs über den notwendigen Friedensvertrag abgelehnt wurde, glatt ablehnt. Wo hier die Annahme, die der „Temps“ Deutschland vorwirft, in Wirklichkeit zu suchen ist, ist nicht schwer festzustellen.

Das neuerliche Gehändnis Schröders.

Wie das West- und Abendblatt aus Magdeburg meldet, hat Schröder im Verlauf seines Gehändnisses bei dem Kaisertermin nochmals betont, daß er das überhand nicht inne und erst von anderer Seite ausdrücklich auf ihn hingewiesen worden wäre.

Die produktive Erwerbslosen-Sicherung.

Die Sitzung des Reichstagsausschusses.

Der Untersuchungsausschuss des Reichstages über die produktive Erwerbslosen-Sicherung hat am 17. August in der Sitzung des Reichstagsausschusses über die produktive Erwerbslosen-Sicherung eine Sitzung abgehalten. Ein offizieller Bericht wird über diese Sitzung nicht ausgeben. Der Untersuchungsausschuss hat im Juni in Verbindung mit den beteiligten Ministerien das bekannte Programm aufgestellt und ließ sich seitdem von den Regierungsvorstößen ausführlich Bericht erstatten. Das Berliner Tagesblatt erzählt darüber, daß der Berichterstatter von der grundsätzlichen Ermöglichung ausging, daß selbst bei weiterer Besserung der wirtschaftlichen Lage mit einer Fortdauer hoher Arbeitslosigkeit auch im Zukunft gerechnet werden müsse. Alle Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung müßten deshalb so durchgeführt werden, daß die Auswirkungen auf eine Reihe von Jahren sich verteilen könnten. Nach den Erklärungen der Regierungsvorsteher ist die Durchführung eines erweiterten Bauprogramms der Reichsbahn inzwischen gesichert. Vor allem die Eisen- und Elektroindustrie wird dadurch weitestgehend beschäftigt werden können. Zum Wohnungsbauprogramm wies der Regierungsvorsteher darauf hin, daß in den nächsten Wochen mit einer härteren Bedienung des Baumarktes gerechnet werden könne, da in der Finanzierung aus öffentlichen Mitteln größere Erleichterungen gewährt werden könnten. Es habe sich herausgestellt, daß der vor einiger Zeit für erste Hypotheken zur Verfügung gestellte Kredit des Reiches in Höhe von 300 Millionen Mark wegen seiner Unzulänglichkeit nur zu einer erheblichen Verminderung der Bauarbeiten in der Provinz geführt habe. Es ist deshalb beabsichtigt, diesen Kredit auch für weitere Operationen zur Verfügung zu stellen. Für den Bau von Wohnungen der Landarbeiter seien von Reich und Ländern je 30 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, die den Bauherren als zinsloses Darlehen mit zehnjähriger Tilgungsfrist gemacht werden sollen. Die Reichsregierung erwägt in diesem Zusammenhang für das nächste Jahr die Beschäftigung des Sonntagens und ausländischer Arbeiter von 100.000 auf 100.000. Besondere Aufmerksamkeit wird den Arbeiten der Bodenkultur entgegengebracht. Dafür sind einmal 15 Millionen Mark aus der Liquidationsmasse der Reichsgeldverleihergesellschaft bereitgestellt worden. Dann ist in Aussicht genommen, für die Offensivbau in den nächsten fünf Jahren je 50 Millionen Mark im ordentlichen Etat zur Verfügung zu stellen. Für den Straßenbau wird ein Gesamtprogramm noch in dieser Woche aufgestellt. Der gesamte Kostenvorschlag wird dieser Tage fertiggestellt.

Langsame Klärung in der Außenpolitik.

17. Aus diplomatischen Kreisen hören wir, daß die Berichte der deutschen Botschafter in den letzten 24 Stunden einiges Licht in das Dunkel der außenpolitischen Bemü- hungen gebracht haben. Die Wirkung des spanisch-italienischen Vertrages soll allgemein sehr überschätzt worden sein. Der genaue Wortlaut des Abkommens ist auch jetzt noch nicht bekannt, doch scheint sowohl schwebend, daß Spanien die italienischen Wünsche in der Tangerfrage unterwirft wird für den Fall, daß die italienische Regierung sich verpflichtet, die spanischen Waisensprüche auf der bevorstehenden Konferenz zu befürworten. Auf Spaniens Wunsch wird auch die neuerliche Einberufung der Studentenkommision für den 30. August zurückgeführt. In Madrid hat man die Hoffnung, durch die nochmalige Aufstellung der Ratfrage und durch die Drohung des Austritts aus dem Völkervereinigung einen Erfolg erzielen zu können. Die Botschafterberichte lassen erkennen, daß die Vorstellungen der französischen und englischen Vertreter bei der spanischen Regierung, sich mit einem halbändigen Sitz zu begnügen und den Bestand der Völkervereinigung nicht zu gefährden, ihren Eindruck nicht verfehlt haben. Die deutsche Regierung wird angesichts dieser Situation nicht verfehlen, bei allen beteiligten Regierungen auf die Zweckmäßigkeit hinzuweisen, an dem bisherigen Bestehen der Studentenkommision keine Veränderung vorzunehmen, selbst wenn man noch einmal in Genf auf einer Tagung zusammentritt, da die Entscheidung, wie sie der Ratstagung vorgelegt worden ist, die denkbar beste Lösung darstellt und jede Abänderung eine Verschlechterung bedeuten würde. Die Regierung wird ebenfalls verlangen, daß durch die Einberufung der Studentenkommision die Haupttagung des Völkervereinigung nicht verzögert wird, jedoch die Aufnahme Deutschlands ungefähr am 10. September erfolgen kann. Es heißt, daß als deutsche Vertreter zur Studentenkommision wieder der deutsche Botschafter von Sevilla als Diplomat und Ministerialdirektor Dr. Gans als Sachverständiger entsandt werden sollen. Die Entscheidung zur Studentenkommision liegt in Berlin noch nicht vor, doch deuten die Auslassungen der Regierungsvorsteher darauf hin, daß man bereits darüber informiert ist, daß der Termin vom 24. auf den 30. August verschoben worden ist, da eine Einigung über den besten Weg zwischen London, Paris, Brüssel, Rom und Madrid noch nicht erfolgen konnte.

Die nächste Sitzung des Reichskabinetts.

Die Reichsregierung hatte für den 27. August eine Kabinettsitzung in Aussicht genommen, in der man den Bericht über die Sitzung der Studentenkommision des Völkervereinigung zur Ratfrage entgegennehmen sollte. Diese Kommission wollte ursprünglich schon am 24. August zusammenzutreten. Jetzt steht aber fest, daß die Kommission erst am 30. August zusammentritt, sobald das Reichskabinetts erst später zu dem Ergebnis der Kommissionsberaternungen Stellung nehmen kann. Dennoch dürfte am 27. August eine Kabinettsitzung stattfinden, die sich mit anderen Fragen der Innen- und Außenpolitik beschäftigen wird.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Die in Warschau geführten Verhandlungen über einen deutsch-polnischen Handels- und Niederlassungsvertrag sind durch eine Sommerpause unterbrochen worden und werden voraussichtlich erst Ende September wieder aufgenommen werden. Bisher sind die Verhandlungen in durchaus verständlichem Geiste von beiden Seiten geführt worden; aber eine Einigung in den entscheidenden Punkten liegt noch weit im Felde. Polen legt auch gewissen deutschen Forderungen, durch die Deutsche in Polen gegen willkürliche Ausweisungen geschützt werden sollen, noch immer einen hartnäckigen Widerstand entgegen. Trotz aller Betonung des guten Willens läßt sich in den entscheidenden Punkten eine praktische Annäherung kaum feststellen. So muß auch nach der Sommerpause mit weiteren langwierigen Verhandlungen gerechnet werden. Das schwebende Tempo der Verhandlungen läßt seine üble Auswirkung auch auf die vielen anderen Verhandlungsgegenstände aus, über die im beiderseitigen Interesse von Deutschland und Polen eine baldige Verständigung erwünscht wäre. So schwer es u. a. nach Verhandlungen über die Sozialversicherung, über Verkehrsfragen usw. Die deutschen Vorschläge, die die deutsche Verpflichtung zur Kohlenabnahme aus polnischen Oberschichten durch eine den Interessen der deutschen und der polnischen Industrie besser gerecht werdende Regelung ergeben wollen, sind bisher von polnischer Seite abgelehnt worden.

Alles voran: Radeberger Pilsner! das bevorzugte erste deutsche Pilsner. Vertreter: Rich. Schwabe
Riesa a. Elbe. Formel Nr. 20.